

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 13 (1921)

Heft: 6

Rubrik: Ausland

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

gen von 1918 gesunken ist. Die Gesamtproduktion betrug in diesem Zeitraum 79,49 Millionen Unzen. Die Ausbeute sank von 1915 bis 1920 in Transvaal um 11 Prozent, in den gesamten übrigen Goldländern des englischen Weltreichs um 21 Prozent, in der übrigen Welt um 27 Prozent.

Man könnte sich verleitet fühlen, die Vermehrung der Goldmenge mit der Preisbewegung in Beziehung zu setzen. Man nahm nämlich oft an, dass das Steigen der Goldmenge die Warenpreise in die Höhe triebe, da innerhalb einer Volkswirtschaft eine bestimmte Menge Gold den Umsatz bewerkstelligt. Diese Goldmenge genügte also und entsprach den Erfordernissen der Wirtschaft.

Aber offenbar ist in der Vorkriegszeit bei ständig wachsender Goldmenge das Preisniveau langsam gesunken. Bei diesem Vergleich aber blieben zuviele entscheidende Faktoren unberücksichtigt. Es ist unbekannt, ob und in welchem Masse sich die Warenmenge vergrößert hat, ferner — und das verbietet heutzutage jeden unmittelbaren Vergleich von Goldmenge und Warenpreisen — ist es auf keine Weise festzustellen, inwieweit ein Mehrbedarf an Zahlungsmitteln durch die vielen Instrumente des modernen Bank- und Kreditverkehrs ausgeglichen wird.

In den weiteren Angaben des «Economist» spiegeln sich die politischen Kräfte und Bestrebungen. Überall, wo es Reichtümer zu erlangen gibt, wird der englische Löwe nicht fehlen. Und er versteht es auch, sie in der gehörigen Weise auszunützen. Er weiss es ebensogut, mit silbernen Kugeln zu schiessen, wie goldene auszugraben. Während die gesamte Goldproduktion sich verkleinerte, erfuhr der prozentmässige Anteil Englands an dieser eine Erhöhung von 65 auf 68,5 Prozent.

Hat England den grösseren Teil der Produktionsstätten in Händen, so fliesst demgegenüber den Vereinigten Staaten von allerwärts ein unerhörter Goldsegen in den Schoss. Ihr Goldschatz beträgt 429 Millionen Pfund, wozu weitere 423 Millionen Pfund im Besitz des Federal Reserve Board kommen. Demgegenüber beträgt der englische Schatz «nur» 242 Millionen Pfund, ungerechnet der annähernd 100 Millionen, die im Besitz der Privatbanken sind. In dritter Stelle folgt Frankreich mit 219,96 Millionen Pfund, dann Japan mit 116,7, Spanien mit 98,2, schliesslich Deutschland mit 53,5 Millionen Pfund. Diese Zahlen gelten für das Ende des Jahres 1920 und veranschaulichen die gewaltige Verschiebung der Prosperität innerhalb der verschiedenen Länder. Denn solange sich noch alle Länder bemühen, einen möglichst grossen Goldschatz aufzuhäufen, ist die Grösse dieses Schatzes immerhin ein gewisses Zeichen für das wirtschaftliche Wohlergehen eines Landes. Es verrät, dass das Land sich jedenfalls den Luxus leisten kann, eine grosse Anzahl von Gütern, d. h. Material und Arbeitsleistungen für den Erwerb neuen Goldes herzugeben. Ein grosser Goldschatz ist allerdings ein Luxus, den sich der Reiche erlaubt. Dass aber ein Goldschatz überhaupt vorhanden sei, ist, wie in der Einleitung bereits besprochen, infolge der vorherrschenden Meinungen und Einschätzungen in der kapitalistischen Wirtschaft, wenigstens heute noch, unerlässlich.



Genossenschaftliches.

Russland. Auf dem 10. Moskauer Kongress hat *Lenin* bemerkenswerte Erklärungen betr. den neuen Kurs gegen die russischen Genossenschaften abgegeben. Er führte unter anderem aus, dass mit einem Verschwinden des Kleinbetriebes nicht zu rechnen sei, solange man nicht der Forderung nach freiem Handel entgegenkomme. Da diese Forderung von den Bauern

ausgehe, müsse mit ihnen unbedingt eine Verständigung gesucht werden. Man sei bei der Nationalisierung der Betriebe zu weit gegangen; unter den Führern der Revolution befänden sich viele Phantasten; doch sei dies nicht so schlimm, da eine Revolution ohne Phantasten undenkbar sei. Die Psychologie der Bauern könne nur langsam, in Generationen, verändert werden. Der freie Handel sei sofort zu verwirklichen, und zwar möglichst mit Hilfe der Genossenschaften. Der ganze Apparat der Genossenschaften sei zwar zerstört, teils einer fehlerhaften Politik wegen, teils wegen des Kampfes gegen die im Genossenschaftswesen einflussreichen Sozialrevolutionäre und Menschewisten. Ob der freie Warenaustausch durch Vermittlung der Genossenschaften oder durch privaten Kleinhandel vor sich gehen werde, werde sich erst in der Praxis zeigen. Die Durchführung des freien Handels werde schwierig sein, doch dürfe augenblicklich nicht über die Lösung dieser Aufgabe gestritten werden; es sei vorläufig einfach die Resolution des 9. Moskauer Kongresses aufgehoben, wonach die Genossenschaften dem Verpflegungskommissariat unterstellt waren. Die Möglichkeit des Getreideverkaufs solle ein Ansporn für die Entwicklung der Bauernwirtschaften sein. Diese Beschlüsse seien schleunigst bekanntzugeben, damit sie die neue Saatperiode noch günstig beeinflussen können.

Tatsächlich soll laut Pressemeldungen der Rat der Volkskommissäre ein Dekret gebilligt haben, das die Genossenschaften als vom Staat unabhängige Vereinigungen erklärt. Während der Aussenhandel in den Händen der Sovietregierung bleiben soll, sollen die Importwaren unter die Bauern gegen ihre Erzeugnisse durch Vermittlung der Genossenschaften verteilt werden.



Ausland.

Tschechoslowakei. b. Wie in allen übrigen Ländern, gehen die Unternehmer auch in der Tschechoslowakei darauf aus, die herrschende Wirtschaftskrise auszunützen und ihre Positionen wieder einmal zu stärken. Zwei Tendenzen sind es, die sie in erster Linie verfolgen: einen Abbau der Rechte der Vertrauensleute, Senkung der Löhne und Verlängerung der Arbeitszeit. In den Fabriken soll wieder die schrankenlose Autorität des Unternehmers Platz greifen.

In den Berufen, die erst in der Nachkriegszeit ihre Organisationen bildeten, kam der Angriffswille der Unternehmer am deutlichsten zum Ausdruck. Vor allem versuchten die Bauern, die Regierung dazu zu bewegen, dass sie auf gesetzlicher Basis die Löhne der Landarbeiter stabilisiere, jeden Streik als Gesetzverletzung erkläre, und ähnliches mehr. Es ist zwar nicht gelungen, in dieser krassen Form die Arbeiterschaft auf dem Lande zu knebeln; doch sind die Löhne stabilisiert worden, die Arbeiter erhalten eine geringfügige Bekleidungszulage von 600 Kr. pro Jahr als Entschädigung.

In der chemischen Industrie kündigten die Unternehmer den Kollektivvertrag und verlangten zunächst eine Verminderung der Rechte der Vertrauensleute, sodann einen Abbau der Löhne um 70 Heller pro Stunde.

In der Textilindustrie herrscht eine sehr starke Krise, die namentlich durch die Manipulationen des Staates beim Baumwolleneinkauf verursacht wurde. Da die Preise aller Textilwaren über dem Weltmarktpreis stehen, ist derzeit niemand in der Lage, etwas zu kaufen, umgekehrt aber stehen nahezu alle Textilfabriken entweder still oder arbeiten 30 Stunden und weniger in der Woche. Es ist hier und dort bereits zu einem Lohnabbau in der Textilindustrie gekommen.

In der Glasindustrie waren die Verhältnisse bis vor kurzem für die Arbeiterschaft ausserordentlich günstige, da Glas ein gesuchter Exportartikel war. In den letzten Monaten ist aber eine Stagnation eingetreten, und so konnten die Arbeiter bei ihrer letzten Lohnbewegung nicht mehr jene Erfolge erringen, die sie sonst gewohnt waren.

Ganz analoge Verhältnisse herrschen im Bergbau. Auch hier ist die Zeit der Hochkonjunktur bereits vorüber, so dass bereits die englische Kohle billiger zu stehen kommt als die einheimische. Das hat dazu geführt, dass eine Reihe namentlich von Tagbauschächten, die minderwertige Kohlsorten förderten, ihre Betriebe einstellen mussten.

Auch im Baugewerbe sind die Unternehmer allgemein bemüht, die Stagnation weidlich auszunützen. Sie weigern sich allenthalben, irgendwelche Forderungen der Arbeiterschaft zu bewilligen, und diese Taktik führte bereits in Prag zu einem ziemlich heftigen Kampf, auf den die Unternehmer mit einer Aussperrung sämtlicher Arbeiter des Baugewerbes mit insgesamt 4000 Arbeitern antworteten. Nach achtwöchiger Dauer wurde der Kampf mit einem Erfolg der Arbeiterschaft beendet; die Unternehmer mussten sich mit Lohnerhöhungen von 22 bis 40 Prozent abfinden und werden in den nächsten Tagen einen allgemeinen Rahmenvertrag für alle Berufe des Baugewerbes abschliessen, daneben Lohnverträge für die einzelnen Branchen.

Der grösste Kampf, der bisher um die Rechte der Arbeiter geführt wurde, ist jener der Metallarbeiter in Nordwestböhmen. Dort hatten die Arbeiter ebenfalls zu Beginn dieses Jahres Lohnforderungen eingebracht, zu einer Zeit, da noch die Preise im Steigen begriffen waren. Die Unternehmer lehnten brüsk jede Verhandlung ab, bis schliesslich die Periode des langsamen Preisabbaues einsetzte. Unter diesen Umständen hielten die Organisationen die alten Forderungen nicht mehr aufrecht, sondern verlangten eine Stabilisierung der Löhne auf 6 Monate und die Gewährung einer einmaligen Bekleidungszulage. Als auch das abgelehnt wurde, kam es in 9 Betrieben mit 1600 Arbeitern zu einer passiven Resistenz, auf welche die Unternehmer nach bewährtem Muster mit einer Aussperrung zuerst dieser Arbeiter, dann aber aller Arbeiter der dem Unternehmerverband angeschlossenen Firmen in der Gesamtzahl von 15.000 antworteten. Nach 14 Tagen griff die Regierung in ziemlich energischer Weise ein, so dass eine Einigung erzielt werden konnte. Die Löhne werden auf 4 Monate stabilisiert, die Rechte der Vertrauensleute bleiben unangetastet, die Arbeit muss mit allen Arbeitern wieder aufgenommen werden.

Türkei. Auch in der Türkei macht die Gewerkschaftsbewegung Fortschritte. Der erste Versuch der Organisierung der Arbeiter Konstantinopels fällt in das Jahr 1910. Das damalige jungtürkische Regime liess vermuten, dass eine gewisse Freiheit der Propaganda gestattet sei. Diese Vermutung traf aber nicht zu. Nicht nur dass die Organisierung von Arbeitern rücksichtslos unterdrückt wurde, es wurden auch alle Zeitungen verboten, die Redakteure verurteilt und schliesslich auf Befehl eines Kriegsgerichts die Deportation aller Mitglieder der sozialistischen Partei angeordnet. Auch während des Krieges, als sie von der entlegensten Ecke Anatoliens aus die Kriegspolitik der Regierung angriffen, waren sie einer Behandlung unterworfen, die jeder Zivilisation höhnsprach.

Erst nach Kriegsschluss machte eine Amnestie ihren Qualen ein Ende; der Weg nach Konstantinopel war wieder frei. Das jungtürkische Regime war nun beseitigt, doch erschwerte der von den Alliierten verhängte Belagerungszustand die organisatorische Tätigkeit. Dessenungeachtet wurde ein frischer Versuch ge-

wagt. Nach langen Bemühungen konnte endlich eine Grundlage für die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung geschaffen werden. Gegenwärtig bestehen in Konstantinopel Gewerkschaften der Elektrizitätsarbeiter, der Angestellten der Strassenbahn und der Drahtseilbahn und eine solche der Gerbergesellen. Durch die Bewegung Kemals sind die Organisationspläne in der Provinz etwas gehemmt worden, doch ist zu hoffen, dass auch hier die Gewerkschaftsbewegung einen weitem günstigen Fortgang nehmen wird.

Japan. Die japanische Gewerkschaftsbewegung befindet sich in fortschreitender Entwicklung. Es stehen zur Stunde ungefähr 100 Gewerkschaftsorganisationen mit rund einer halben Million Mitglieder. Die Zahl der Kämpfe nimmt beständig zu, besonders die Streiks um Lohnerhöhungen. Im Jahre 1914 wurden 50 Streiks gemeldet, im Jahre 1917 waren es deren 399 mit 57.309 Beteiligten und 1918 417 mit 66.437 Beteiligten. In den ersten acht Monaten des Jahres 1919 wurden 343 Streiks durchgeführt. Wir haben in der «Rundschau» bereits ausgeführt, dass der «Yuai-Kai» (Allgemeiner Arbeiterverband) Anfang Oktober seine achte Jahreskonferenz abhielt und haben über deren Verlauf orientiert. (Siehe «Gewerkschaftliche Rundschau» Nr. 2, Seite 20.) Das japanische Parlament soll sich nun in seiner nächsten Session mit einem Entwurf zu einem Gewerkschaftsgesetz beschäftigen, das die Rechte und Pflichten der organisierten Arbeiter festlegen soll. Dieses Gesetz ist ähnlich dem englischen Gesetz aus dem Jahre 1870 über die Trade-Unions.



Literatur.

Der «Aufstieg», illustrierte Familienzeitschrift für das arbeitende Volk. Der schweiz. Arbeiterbildungsausschuss veröffentlicht einen eindringlichen Aufruf an die arbeitende Bevölkerung. Mit Recht wird darauf hingewiesen, dass eine grosse Zahl von Proletariern immer noch die roten, gelben und blauen Familienblättchen der bürgerlichen Unternehmungen unterstützt. Ihnen gegenüber steht der «Aufstieg», das Organ des schweiz. Arbeiterbildungsausschusses, das durch seine zahlreichen Illustrationen und seinen mannigfachen Inhalt ein ausgezeichnetes Aufklärungsmittel ist. Es ist Pflicht aller Arbeiter und Arbeiterinnen, ihrem eigenen Unternehmen gegenüber solidarisch zu sein und unter ihren Klassengenossen für die Ausbreitung der Zeitschrift zu wirken. Das ist in dem Augenblick, da das Bürgertum zu einem vernichtenden Schläge gegen die Arbeiterschaft ausholt, ein Gebot der Stunde.

Rob. Grimm: Bildung und Klassenkampf. In zweiter Auflage erscheint als Nr. 2 der Flugschriften des Arbeiterbildungsausschusses obige Schrift des Gen. Grimm, die sich mit dem bürgerlichen Bildungsbegriff gründlich auseinandersetzt und den Wert der Arbeiterbildung klarlegt. Die Schrift kostet im Grossbezug (mindestens 100 Exemplare) 20 Rp. und kann beim schweiz. Arbeiterbildungsausschuss, Gurtengasse 6, bezogen werden.

Die Sommer-Ausgabe des *Blitz-Fahrplans*, gültig vom 1. Juni 1921 an, welche soeben wiederum im Verlage des Art. Insituts Orell Füssli in Zürich erschienen ist, enthält ausser den Fahrzeiten für Eisenbahn, Dampfschiff, Post, Strassenbahn und Automobil alle Taxen und Anschlüsse von und nach Zürich, die Zugs-Nummern, die Wagenklassen, die Abfahrts- und Ankunftsperrens bei jedem Zuge und schliesslich noch die neuen Posttaxen sowie wertvolle Mitteilungen über die städtischen Verkehrseinrichtungen. — Der Preis beträgt wie bisher nur Fr. 1.30.